

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Christoph Maier

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Katharina Schulze

Abg. Tobias Reiß

Abg. Toni Schuberl

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Horst Arnold

Abg. Martin Hagen

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Lehren aus Corona: Schulterchluss zwischen Exekutive und Legislative im Kampf gegen Corona sicherstellen (Drs. 18/10270)

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort – er steht bereits am Redepult – Herrn Kollegen Dr. Fabian Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als die Corona-Pandemie im März dieses Jahres mit voller Wucht auch unsere gemeinsame Heimat Bayern erfasst hat, hat völlig zu Recht – und ich sage ausdrücklich: Gott sei Dank – die viel zitierte Stunde der Exekutive geschlagen.

Für mich als jungen Parlamentarier in einer Mitverantwortung für unsere Bayern-Koalition war das damals eine prägende Zeit. Vermutlich erinnere ich mich auch deshalb noch so genau an verschiedentliche frühmorgendliche und spätabendliche Besprechungen in der Bayerischen Staatskanzlei, die immer eines gemein hatten: nämlich dass entschieden werden musste – dass entschieden werden musste in einem Entscheidungsumfeld, in dem noch niemand in Deutschland wusste, wer Herr Drost ist, dass entschieden werden musste in einem Entscheidungsumfeld, in dem die meisten Bayerinnen und Bayern das RKI vermutlich noch für einen Fußballverein gehalten haben, ja, dass schnell entschieden werden musste, ohne dass Zeit gewesen wäre für langwierige, fein ziselierte Beratungen von Gesetzentwürfen hier im Parlament.

Es ist damals entschieden worden, und die Tatsache, dass entschieden worden ist – dieses entschlossene und schnelle Handeln der Bayerischen Staatsregierung –, hat dazu geführt, dass wir da als Bayern bislang ganz gut durchgekommen sind. Und die Tatsache, dass das so ist, bietet keinen Grund dafür zu fordern, dass die damals handelnden Personen sich jetzt bei irgendjemandem dafür entschuldigen müssten. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gegenteil ist der Fall: Dass damals so entschlos-

sen, so zielgerichtet und schnell gehandelt wurde, verdient den Dank des gesamten Parlaments an diejenigen, die damals den Karren gezogen haben, die die Voraussetzungen und die Rahmenbedingungen dafür geschaffen haben, dass Bayern heute so in dieser Krise steht, wie es der Fall ist, und dass wir bislang so gut durch diese Krise gekommen sind. Dafür ein herzliches "Vergelts Gott"!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Entgegen anderslautenden Darstellungen – ein Stück weit ist da bei dem einen oder anderen schon eine medienwirksame politische Amnesie eingetreten – war es auch nicht so, dass der Bayerische Landtag in diese Entscheidungen in keiner Weise eingebunden gewesen wäre. Ganz im Gegenteil: Die Regierungsfractionen waren über den Koalitionsausschuss mit den Fraktionsvorsitzenden, mit den Parlamentarischen Geschäftsführern beteiligt; aber der Ministerpräsident hat sich auch mehrmals die Zeit genommen, die damalige Linie in verschiedenen Schalten mit den Sprechern aller Fraktionen abzustimmen.

Niemand kann etwas dafür, dass manche derjenigen, die damals dabei waren, die jede einzelne Entscheidung mitgetragen haben – und insbesondere diejenigen, die damals am allervorsichtigsten und am allerängstlichsten waren, nämlich die Kollegen von rechts außen –, sich heute daran nicht mehr erinnern können.

(Zuruf)

Das muss Demokratie aushalten; das wird Demokratie aushalten. Aber es wirft doch auch ein gewisses Licht auf die handelnden Fraktionen, Herr Fraktionsvorsitzender.

Trotzdem sage ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der gleichen Deutlichkeit, dass wir uns heute – heute, ein halbes Jahr später – in einer anderen Situation bei der Bewältigung dieser Pandemie befinden. Es ist zum Glück – Gott sei Dank! – nicht nötig geworden, den Gesundheitsnotstand auszurufen, wie der Bayerische Landtag es

möglich gemacht hatte. Es konnte zum Glück – Gott sei Dank! – der Katastrophenzustand aufgehoben werden.

Aber Corona ist nicht weg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Corona ist nach wie vor da. Deshalb werden wir uns auch in den nächsten Wochen und Monaten, möglicherweise sogar Jahren mit der Bewältigung dieser Pandemie politisch auseinandersetzen müssen. Wir werden darüber diskutieren müssen. Wir werden auch Entscheidungen treffen müssen. In einem Umfeld, in dem viele Millionen Bayern nicht mehr nur gefühlte Fußballtrainerinnen und Fußballtrainer, sondern auch gefühlte Virologinnen und Virologen sind, dürfen wir es nicht zulassen, dass sich die Debatte, Herr Prof. Hahn, wegen geistiger Brandstifter wie Ihnen in die von Ihnen gewünschte Richtung entwickelt. Es darf nicht dazu kommen, dass, nachdem im Bayerischen Landtag die Regierungslinie vorgetragen worden ist, wegen Leuten wie Ihnen, die da hetzen, die da brandstiften, wieder Leute nach Berlin fahren und mit Steinen auf die Polizei werfen, Herr Prof. Hahn.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Das werden wir als Bayerischer Landtag nicht zulassen. Das werden wir als die regierungstragenden Fraktionen nicht zulassen.

Um das zu verhindern und um angesichts der größten Herausforderung der Nachkriegszeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf Dauer sicherstellen zu können, ist es nötig, dass wir jetzt, die berechtigte Engführung des politischen Entscheidens auf die Exekutive ein Stück weit aufweichen und wieder zu einem Schulterschluss von Legislative und Exekutive kommen, sodass aus der Stunde der Exekutive langsam und mit Blick in die Zukunft wieder eine Sternstunde des Parlamentarismus, eine Stunde der Legislative werden kann. Dazu sind Vorschläge wie die heute Morgen von den GRÜNEN unterbreiteten ungeeignet.

Wir als FREIE-WÄHLER-Regierungsfraktion haben zwei eigene Vorschläge eingebracht. Von einem war heute Morgen in dem Beitrag des Kollegen Hold schon die Rede. Er stammt aus dem Papier: "Lehren aus Corona". Es ist das Endergebnis der Arbeit einer Kommission, die ich leiten durfte. Sie hat unter anderem vorgeschlagen, dass wir den Ethikrat auf breitere Beine stellen. Dort sollen im Sinne der Interdisziplinarität Soziologen, Ethiker und Menschen, die sich für die Kirchen artikulieren, sitzen. Ich bin sehr froh, dass der Ministerpräsident damals nicht nur gesagt hat, dass in dem Papier kluge Sachen drinstehen, sondern dass er auch gehandelt und die Vorschläge zur Umsetzung gebracht hat. Staatsminister Florian Herrmann hat es nach der vorletzten Kabinettsitzung verkündet. Herzlichen Dank dafür! Das ist ein erster Schritt in Richtung Verbreiterung des gesellschaftlichen Dialogs.

Wir, Florian Streibl und ich gemeinsam, haben einen zweiten Schritt vorgeschlagen. Er besteht in der Etablierung eines Runden Tisches – ähnlich wie damals zum Artenschutz –, um wiederum gesellschaftlichen Rückhalt, einen Dialog zwischen Gesellschaft, Politik im Parlament und Politik in der Exekutive herzustellen. Ziel ist es, möglichst breit und gesellschaftlich geschlossen die Corona-Politik, die Bayern gut durch die Krise gebracht hat, auch in die Zukunft hineinzuführen.

Wir wollen mit unserem Antrag diese beiden Vorschläge nicht nur begrüßen, liebe Kolleginnen und Kollegen; wir wollen, dass der Landtag heute auch beschließt. Diese Kommission, dieser Runde Tisch soll nicht einzig ein exekutives Gremium sein, sondern eines, das auch dem Landtag zu berichten hat. Mit dessen Empfehlungen kann dann der Landtag unter Nutzung aller parlamentarischen Instrumente über alle Fraktionen hinweg arbeiten.

Das ist aus unserer Sicht der erste Schritt auf dem Weg, die notwendige Engführung auf exekutives Handeln aufzulösen und mit der Politik wieder dorthin zu kommen, wo sie auf Dauer betrieben werden muss, nämlich in den Bayerischen Landtag, in die Herzkammer unserer Demokratie in Bayern. Gerade in der Krise und angesichts der größten Herausforderung der Nachkriegszeit sind wir FREIE WÄHLER, sind die Re-

gierungsfraktionen davon überzeugt, dass unsere Demokratie dringend ihre Herzkammer braucht. Deshalb rufen wir zu diesem Schulterschluss zwischen Exekutive, Legislative und Gesellschaft, den Menschen in Bayern, auf.

Wir bitten Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. – Ich sage dafür vielen Dank und ebenso für das Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Christoph Maier. Bitte schön.

Christoph Maier (AfD): Herr Mehring, Ihre Ausführungen waren geprägt von und gespickt mit Lügen, Halbwahrheiten und Unsinn.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das ist doch bei Ihnen normal!)

Sie sprachen davon, dass der Bayerische Landtag von Beginn an einbezogen worden sei. Richtig ist, dass lediglich zum Bayerischen Infektionsschutzgesetz der Landtag gefragt wurde. Meine Frage an Sie: Bei welchen weiteren Maßnahmen gegen Corona war der Bayerische Landtag einbezogen, insbesondere bei welchen Verordnungen, die die Bürger so hart trafen?

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Maier, ich bin Ihnen dankbar für die Verlängerung meiner Redezeit. Ich stelle zunächst einmal fest, dass es einen Unterschied gibt zwischen einer Scheibe vor dem Platz und einem Brett vor dem Kopf.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Bayerische Landtag war über die Spitzen der Fraktionen in dieses Entscheidungs-wesen zu jeder Zeit eingebunden.

Ich sage eines auch ganz klar: Meine Erinnerung an diese Entscheidungen stellt sich so dar, dass keine andere Fraktion und keine andere Fraktionsspitze derart ängstlich war wie Ihre. Sie waren derart vorsichtig, dass Sie zu dem Zeitpunkt, als die Pandemie über Bayern hereingebrochen ist, am liebsten den Landtag zugesperrt hätten. Was Sie jetzt machen, ist Ausdruck populistischer Amnesie. Das ist in einer Art und Weise unredlich, dass es schon Dankbarkeit hervorruft, vor dem Parlament sagen zu dürfen: Sie waren die Feigsten von allen, als wir begannen, die Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen. Und heute? – Wenn ein paar nach Berlin fahren, ermutigen Sie die, mit Steinen nach der Polizei zu werfen.

So können wir nicht nur die Krise nicht meistern. So können wir vor allen Dingen keine Politik machen. Sie als geistige Brandstifter spalten diese Gesellschaft. Das lässt sich weder dieses Hohe Haus noch die Bayerische Staatsregierung bieten, Herr Kollege Maier.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Mehring, lieber Fabian, ich versuche es ein bisschen sachlicher: Sie haben sich im Juni mit den Worten zitieren lassen:

Sollten jemals wieder derart sensible Eingriffe in die Grundrechte notwendig werden, muss das Primat dafür

– wieder –

bei der gewählten Volksvertretung liegen.

Ich begrüße diese Richtung, frage Sie aber: Wenn die zweite Corona-Welle weiter auf Bayern zuschwappt – werden wir dann in zukünftige Entscheidungen eingebunden

werden? Warum haben Sie unseren Gesetzentwurf zur Parlamentsbeteiligung abgelehnt, und warum sind Sie jetzt auch gegen den von den GRÜNEN? Was kommt insoweit noch von Ihrer Seite?

(Beifall bei der FDP)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Fischbach, lieber Matthias, zunächst auf diesem Wege noch einmal herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! – Vielen Dank für die Frage. Mit dem, was wir heute als Dringlichkeitsantrag vorlegen, liefern wir. Dafür bin ich dankbar, auch im Hinblick auf das Zitat, das du vorgelesen hast.

Aus meiner Sicht hat sich eines nicht verändert – das ist in der Debatte heute Morgen noch einmal sehr deutlich geworden –: Es ist uns gar nicht möglich, auf der Basis einer bundeslegislativen Gesetzesgrundlage mit einem bayerischen Gesetz eine bayerische Verordnung zu ersetzen, eben deshalb, weil der Freistaat Bayern durch den Bund nur zum Geben dieser Verordnung ermächtigt ist.

Was aber jederzeit möglich ist – dafür werbe ich tatsächlich seit Juni; damals sagte ich das, was als Zitat vorgetragen wurde –: dass wir hier im Landtag unter Nutzung aller parlamentarischen Instrumente – Dringlichkeitsanträge, Aktuelle Stunden, normale Anträge und alles Weitere, was denkbar ist – miteinander diskutieren und in den Dialog kommen, und zwar genau über diese Verordnung. Die Verordnung ist nach meiner festen Überzeugung der richtige Weg. Aber darüber muss im Landtag diskutiert werden. Im März musste nicht darüber diskutiert werden; damals war die Zeit dafür nicht da; damals war es wichtig, schnell zu handeln.

Wenn wir jetzt aber wissen, dass uns dieses Thema möglicherweise noch drei oder fünf Jahre begleitet, dann brauchen wir einen vitalen, intensiven, ja demokratisch-leidenschaftlichen Dialog über diese Verordnung.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Abgeordneter.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Dafür werben wir. Das sieht auch die Staatsregierung so. Deshalb ist es beschlossen worden, wie ich es vorgetragen habe. Letzter Satz: Jetzt, nach der Stunde der Exekutive, muss die Sternstunde des Parlaments kommen.

(Matthias Fischbach (FDP): Ich bin gespannt!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin darf ich Frau Katharina Schulze, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aufrufen.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Fabian Mehring, du möchtest eine Sternstunde des Parlamentarismus sehen und legst dann diesen Antrag vor? Sorry, das kann wohl nur ein Scherz sein.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (GRÜNE))

Ich muss feststellen: Wir haben hier einen Antrag vorliegen, der die Selbstverzweigung der Regierungsfractionen erneut unterstreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, Sie wollen doch jetzt nicht ernsthaft die Staatsregierung dafür loben, dass sie nach über sechs Monaten einer Pandemie einen Runden Tisch einrichtet. Damit hätte man viel früher beginnen müssen. Wir GRÜNEN haben von Anfang an gesagt: Die Beratung der Staatsregierung darf nicht nur durch Virologinnen und Virologen, Ärztinnen und Ärzte erfolgen, sondern es bedarf eines Gremiums bestehend aus Psychologinnen und Psychologen, Soziologinnen und Soziologen, Lehrerinnen und Lehrern, Pflegerinnen und Pflegern, Juristinnen und Juristen, damit eine umfassende Information gewährleistet ist. Diese Informationen müssen dann auch den Bürgerinnen und Bürgern und dem Parlament zugänglich gemacht werden.

Im zweiten Absatz Ihres Antrags schreiben Sie, dass der Runde Tisch das Parlament "informieren" solle. Ich lese daraus: Es soll ein kleines Berichtlein von Söders Gnaden geben. Denn Sie erklären überhaupt nicht, wie das genau ablaufen soll. Wahrscheinlich sind Sie als FREIE WÄHLER einfach nur dankbar, wenn die Staatsregierung Ihnen wieder einen kleinen Brocken an Information zuwirft.

Ganz ehrlich: Das ist uns GRÜNEN zu wenig. Ich frage mich seit Wochen und Monaten: Wie können sich die Abgeordneten von den FREIEN WÄHLER und der CSU nur so klein machen? Sie lassen sich mit dem Nasenring durch die Manege ziehen, und es stört Sie nicht mal. Und wissen Sie, was mich noch viel mehr ärgert? – Dass Sie alle Vorschläge abblocken, die wir vorlegen, damit wir mehr Beteiligung und Kontrolle durch das Parlament bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen, Kontrolle und Beteiligung, das ist unser Job. Wir sind die Legislative. Wir sind die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung, und hier in diesem Hohen Haus müssen doch die Debatten geführt werden. Hier in diesem Landtag müssen die Rahmenbedingungen diskutiert und beschlossen werden. Darum – ich kann mich nur wiederholen – braucht es endlich ein Corona-Maßnahmengesetz, damit es eine gesetzliche Grundlage für die Corona-Maßnahmen gibt. Denn wir werden nicht nur noch drei Monate mit Corona zu tun haben – wie du, lieber Fabian Mehring, gerade formuliert hast –, sondern die Corona-Pandemie wird uns noch jahrelang begleiten. Darum brauchen die Maßnahmen auch eine Legitimation des Parlamentes.

Diese Parlamentslegitimation ist auch dringend nötig, um die erforderliche Rückendeckung durch die Bevölkerung langfristig aufrechtzuerhalten. Mein Kollege Toni Schuberl hat Ihnen das heute Morgen schon deutlich erklärt. Ich habe immer das Gefühl, Sie wollen das nicht verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus brauchen wir endlich ein Corona-Transparenzgesetz. Das haben wir hier auch schon eingebracht. Die Staatsregierung muss öffentlich machen, welche Studien, welche Modelle, welche Informationen, welche Daten sie als Grundlage für ihre Verordnungen und Entscheidungen nimmt. Sie muss natürlich auch öffentlich machen, wer sie berät.

Wir haben in Bayern ja leider noch keine Informationsfreiheit. Darum brauchen wir wenigstens ein Corona-Transparenzgesetz, damit das für alle nachvollziehbar ist.

Lieber Fabian Mehring, liebe FREIE WÄHLER, jetzt sage ich Ihnen mal was: Wenn Sie wirklich eine Corona-Kommission möchten, wenn Sie möchten, dass der Landtag eingebunden ist, dann stellen Sie nicht so einen Wischiwaschi-Antrag, sondern richten Sie nach § 40 unserer Geschäftsordnung eine Corona-Kommission ein, die hier im Landtag angesiedelt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist seit Monaten unsere Forderung. Wir wollen eine Corona-Kommission, die im Landtag angesiedelt ist, die konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Pandemiebekämpfung machen kann, die sich mit den Auswirkungen von Corona beschäftigt, die das Regierungshandeln kontrolliert und evaluiert, die Expertinnen und Experten herbeiziehen kann, Akten herbeiziehen kann und Ortstermine machen kann. Das wäre Beteiligung des Parlamentes in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten, und nicht ein Gnadenbericht des Runden Tisches der Staatsregierung hier in diesem Parlament.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir sehen es im Moment wieder. Die Zahlen der Corona-Infektionen steigen massiv. Es ist also unsere gemeinsame Aufgabe, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie von allen mitgetragen werden, dass sie verstanden werden, dass die Bürgerinnen und Bürger, so wie vor sechs Monaten,

gemeinsam "Flatten the Curve" machen und wir es als Gesellschaft schaffen, weiterhin einigermaßen glimpflich durch diese Corona-Pandemie zu segeln.

Wenn wir das machen wollen, dann müssen wir die Debatte und die Legitimation hier in dieses Parlament zurückholen. Ich finde es absurd, dass Sie als gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter der FREIEN WÄHLER und der CSU sich von der Staatsregierung mit ruhigen Worten abspeisen lassen, anstatt das wieder in dieses Hohe Haus zurückzuholen. Darum: Richten Sie mit uns zusammen die Corona-Kommission ein, schreiben Sie mit uns zusammen ein Corona-Maßnahmengesetz, und schreiben Sie zusammen mit uns ein Corona-Transparenzgesetz. – Das wäre eine starke Handschrift aus diesem Parlament.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Mehring. Herr Kollege, bitte.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Schulze, liebe Katharina, drei Punkte: Zum einen ist die Staatsregierung gerade dabei, sich zurückzunehmen, und zwar genau deshalb, weil exakt dieser parlamentarische Prozess hinterlegt war. Wenn ich, wie der Kollege Fischbach zu Recht zitiert, schon im Juni etwas gefordert habe, aus der Mitte des Parlamentes heraus, und die Bayerische Staatsregierung das dann umsetzt, dann ist das genau die Art und Weise, wie Parlament und Staatsregierung zusammenarbeiten sollen. Deshalb stehe ich auch ausdrücklich zu diesem Lob.

Zweiter Punkt, zum Gesetzesentwurf von heute Vormittag: Ich war eigentlich der Auffassung, die Bauchlandung wäre für die GRÜNEN genug gewesen und sie hätten während des Mittagessens vielleicht verstanden, dass man etwas, was rechtlich nicht regulierbar ist, auf Landesebene auch nicht mit einem Gesetz regulieren kann. – Offensichtlich ist das nicht der Fall.

Dritter und letzter Punkt. Ich scheine auch die parlamentarischen Fähigkeiten der GRÜNEN-Fraktion in Summe überschätzt zu haben. In einem solchen Bericht eines Gremiums, das nach unserem Antrag nicht mehr exekutiv, sondern auch legislativ ist, stehen Empfehlungen von Expertinnen und Experten, wie eben von dir gefordert, und nicht einzig Anmerkungen von Abgeordneten, die sich in einem Arbeitskreis hier im Haus getroffen haben.

Daraus parlamentarisch etwas zu machen, ist die vorderste und vornehmliche Aufgabe von Parlamentarismus. Dafür steht dann auch den GRÜNEN das gesamte parlamentarische Spektrum, über sämtliche Antrags- und Interpellationsmöglichkeiten, zur Verfügung. Wenn die GRÜNEN das nicht schaffen, dann ist den GRÜNEN nicht zu helfen. Aber Parlamentarismus würde genau so funktionieren, Frau Kollegin.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Lieber Herr Mehring, ich kann ja verstehen, dass Sie sich beklatschen lassen, wenn die FREIEN WÄHLER einmal einen Vorschlag an die Staatsregierung richten und die CSU so gnädig ist, das zu übernehmen. Aber ich glaube, Sie haben den Sinn von Parlamentarismus noch nicht ganz verstanden. Die Idee ist ja nicht, dass es einen Runden Tisch, ein Expertengremium der Staatsregierung gibt, das uns ab und zu hier im Parlament auch mal informiert, sondern dass wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Heft des Handelns zurückholen, dass wir über Fraktionsgrenzen hinweg in einer Corona-Kommission zusammensitzen, Expertinnen und Experten laden und gemeinsam die Staatsregierung kontrollieren. That is our job: Kontrolle der Regierung und nicht, Informationen der Staatsregierung anzuhören und zu sagen: Aha, vielen Dank.

(Zuruf)

Darum ist mein Plädoyer erneut: Eine Corona-Kommission, angesiedelt im Bayerischen Landtag, muss her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Ich darf als nächsten Redner den Abgeordneten Tobias Reiß, CSU-Fraktion, bitten.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Schulze, ich muss jetzt tatsächlich auch noch mal die Debatte von heute Vormittag bemühen, wenn die Fraktion der GRÜNEN uns hier, heute, jetzt, an dieser Stelle nach einem Dreivierteljahr einen Gesetzentwurf vorlegt, der tatsächlich Unsinn ist. Ich habe in meiner bisherigen Tätigkeit im Landtag selten einen derart heftig bei meinen Ausführungen nickenden Horst Arnold oder Volkmar Halbleib gesehen wie heute Vormittag.

Der Herr Staatsminister Herrmann hat den Kollegen Arnold ob seiner juristischen Exzellenz ja auch schon gelobt, weil das, was Sie hier vorschlagen, nicht tragen kann, nicht funktionieren kann, weil eben Verantwortung nicht teilbar ist und wir nicht irgendwelche Plattitüden ins Schaufenster stellen und das als Politik und als Maßnahme bezeichnen. Aber die eigentliche Arbeit soll dann tatsächlich, wie bisher in hervorragender Qualität, die Bayerische Staatsregierung leisten. Das kann so nicht funktionieren, und das ist doch keine Form von Kontrolle, die Sie im Blick zu haben hier vorgeben.

Was daran ist denn Kontrolle, wenn ich ein Gesetz vorlege, das an 16 Positionen die Staatsregierung auffordert, weiterhin per Rechtsverordnung dieser Epidemie, dieser Pandemie Herr zu werden? – Das ist doch entlarvend und entwaffnend und zeigt doch, dass Sie, genauso wie die bayerische Bevölkerung, das Handeln der Staatsregierung akzeptieren, dass Sie sehen, dass wir dieser Pandemie, auch jetzt wieder, wenn die Zahlen steigen, nur mit Effizienz begegnen können und nicht mit Debattierklubs. Das muss uns doch bewusst sein. Dazu haben wir doch die Verantwortung, und zwar alle gemeinsam hier im Haus.

Der Ministerpräsident macht deutlich, dass es ihm ein Anliegen ist, dass die Politik der Staatsregierung und die Zumutungen, die natürlich auch mit diesen Vorgaben verbun-

den sind – wir werden uns und der Demokratie viel zumuten, hat die Bundeskanzlerin zu Beginn dieser Pandemie einmal formuliert –, von den Leuten als verbindlich akzeptiert werden, dass sie die Zumutungen auch verstehen und nachvollziehen, dass sie verhältnismäßig sind. Diese Verantwortung hat die Staatsregierung mit ihren Rechtsverordnungen. Dies nachzuvollziehen, dies zu kontrollieren und darüber zu debattieren liegt auch in unserer Verantwortung als Verfassungsorgan Landtag. Mit der rechten Seite hier diskutieren wir ja auch über die Frage, ob es entscheidend und richtig ist, uns hier mit den Plexiglaseinhausungen zu schützen, da wir das Verfassungsorgan Landtag handlungsfähig halten wollen. Dies waren wir auch dauerhaft. Der Landtag hat seit März dauerhaft getagt, zwar in reduzierter Form, aber mit großem Einvernehmen. Jetzt tagt er mit der halben Präsenz und demnächst sicher und hoffentlich wieder in Vollpräsenz.

Wir wollen gemeinsam durch diese Krise steuern und werden die Staatsregierung – das gilt zumindest für die Regierungsfaktionen – bei ihren Maßnahmen stützen, da deren Wirksamkeit offensichtlich ist. Dies ist auch eine Aufgabe des Parlaments, womöglich mit geteilten Rollen. Wenn jeder Einzelne das Recht auf Skepsis hat, wie Markus Söder schon formuliert hat, dann hat auch jeder Einzelne die Selbstverantwortung und ein Stück weit Pflicht zur Distanz: Distanz zu Rechtsextremismus, Distanz zu Verschwörungstheorien, Distanz zu Gewalt. Diese Verantwortung muss man von jedem einfordern.

Wir als Handelnde haben natürlich auch die Pflicht zum Erklären. Auch das hat doch im letzten halben Jahr funktioniert. Die Zustimmung wäre doch nicht so hoch, wenn die Menschen nicht nachvollziehen könnten, warum und in welcher Form Entscheidungen getroffen werden. Die Staatsregierung hat im letzten halben Jahr gemeinsam mit dem Verfassungsorgan Landtag einen tollen Job gemacht.

Wenn wir jetzt einen Runden Tisch einführen, wenn die Ethikkommission kommt, wenn wir die Beratung der Staatsregierung auf breitere Basis stellen, bietet dies auch die Chance, den gesellschaftlichen Dialog insgesamt breiter aufzustellen, uns einzu-

binden, mitzudiskutieren, uns zu informieren und gibt auch die Zuversicht, die es braucht, gemeinsam zu formulieren.

Noch einmal: Verantwortung ist nicht teilbar – dazu stehe ich; das ist auch Teil der gesetzlichen Regularien –, Information aber schon. Gemeinsam zusammenzuwirken, weiter dafür zu sorgen, dass uns die Menschen folgen, dass sie die Zuversicht nicht verlieren, ist unsere gemeinsame Aufgabe. Dazu leistet auch dieser Antrag einen Beitrag. Deshalb werden wir ihm zustimmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, Herr Kollege. Die erste Zwischenbemerkung ist von Toni Schuberl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege Reiß, ich musste mich noch einmal melden, weil etwas immer wieder falsch betont wird. Minister Herrmann hat auch schon fälschlicherweise behauptet, solche Gesetze würde es nicht geben, auch nicht in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg hat genau solch ein Gesetz erlassen: das Gesetz über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen vom 22. Juli 2020, gestützt auf das Infektionsschutzgesetz des Bundes und auf Artikel 80 Absatz 4 des Grundgesetzes. Der Zweck des Gesetzes ist dort festgelegt. Dort wird festgelegt, dass Verordnungen dem Landtag vorgelegt werden müssen, der auch über die Gültigkeit dieser Verordnungen entscheiden kann. Genau dort wird festgelegt, welche Grundsätze zu beachten sind, wenn die Landesregierung in Baden-Württemberg Verordnungen erlässt, die sie weiterhin erlassen darf, um schnell handeln zu können.

Ich weiß nicht, ob Ihre Schwesterpartei, die CDU, in Baden-Württemberg gemeinsam mit den GRÜNEN so etwas wahnsinnig Verfassungswidriges beschließt oder ob es nicht einfach gängige Praxis ist, dass Artikel 80 Absatz 4 des Grundgesetzes in den deutschen Bundesländern genutzt wird. Selbstverständlich gibt es eine gespaltene Verantwortlichkeit, indem man ein Gesetz erlässt, welches das Wesentliche regelt,

aber den Freiraum belässt, damit die Regierung die Detailregelungen vornehmen kann. Das ist das in anderen Bundesländern übliche Verfahren. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter.

Tobias Reiß (CSU): Wenn es in einem Bundesland tatsächlich ein Gesetz als Alternative zur Verordnung gibt, dann ist das nicht gängige Praxis in allen Bundesländern, sondern dann ist das womöglich gängige Praxis in Baden-Württemberg. Wir werden bei den Beratungen in den Ausschüssen die Gelegenheit nutzen, die beiden Gesetze zu vergleichen. Wir haben ja heute Vormittag schon dargestellt, in wie vielen Artikeln Sie uns Regelungen vorlegen, die nicht verhältnismäßig sind. Sie formulieren hinsichtlich des Maskentragens einen Absolutheitsanspruch und fordern die Staatsregierung auf, Ausnahmen zu organisieren. Als Gesetzgeber müssen wir konsistent arbeiten, sonst sind die Dinge nicht verfassungsgemäß.

Womöglich sind Ihre Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg etwas besser; womöglich ist der Gesetzentwurf nicht von den GRÜNEN, sondern von der CDU. Das wäre jedenfalls ein Argument.

(Heiterkeit)

Das mag sein. Wir haben doch heute Früh schon deutlich klargemacht: Es geht um Effizienz. Es geht darum, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Abgeordneter.

Tobias Reiß (CSU): Wenn Sie meinen, die Dinge in dieser Weise regeln zu können, müssen Sie sich, was die Verfassungsmäßigkeit Ihrer eigenen Vorschläge angeht, hinterfragen lassen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Zwischenbemerkung ist von Frau Ruth Waldmann, SPD-Fraktion. Bitte.

Ruth Waldmann (SPD): Herr Kollege, das waren jetzt eher allgemeine Anmerkungen zur Diskussion am heutigen Vormittag. Jetzt geht es aber konkret um den vorgelegten Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER. Darin heißt es, dass der Landtag die Ankündigung der Staatsregierung begrüßen soll, einen unabhängigen Runden Tisch zur Corona-Strategie einzurichten. Ich möchte wiederholen und noch einmal sagen, dass es nicht Aufgabe des Parlaments ist, Ankündigungen der Regierung zu begrüßen. Hinzu kommt, dass es, ehrlich gesagt, eher Erschrecken auslöst, wenn Sie erst jetzt einen Runden Tisch einrichten wollen und erst jetzt interdisziplinäre Berater und unterschiedliche Wissenschaftler zu Wort kommen.

Sollte das nicht der Fall sein und Sie von ihnen bereits bisher Ratschläge entgegengenommen haben, müsste man sich fragen, warum das jetzt Runder Tisch genannt wird und ob dies dann doch eher etwas Symbolhaftes hat. Wirklich notwendig wäre die sorgfältige Beratung in den Fachausschüssen, allen voran im Ausschuss für Gesundheit und Pflege. Wir holen uns immer wieder Experten in den Ausschuss. Dort können auch Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden.

Sie haben angesprochen, dass Sie einen gesellschaftlichen Dialog betreiben möchten.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende.

Ruth Waldmann (SPD): Dazu würde auch gehören, konstruktive Vorschläge der Opposition aufzugreifen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bitte.

Tobias Reiß (CSU): Frau Kollegin Waldmann, Sie führen selbst aus, dass Sie im Gesundheitsausschuss Entsprechendes tun und Experten anhören. Auch der Ministerpräsident hat von Anfang an immer betont: Es gilt das Primat der Medizin. Man muss sich beraten lassen. Auch wir haben in unseren Klausurtagungen, bei unseren Veranstaltungen zum Beispiel Frau Prof. Protzer eingeladen, um uns erklären zu lassen, welche Einschätzung Virologen haben. Man kann mit Verfassungsrichtern und Verfassungsjuristen diskutieren. Solche Fragerunden müssen natürlich stattfinden. Nur eine Regierung, die sich beraten lässt, die eben nicht beratungsresistent ist, kann erfolgreich sein. Deshalb ist die Bayerische Staatsregierung im selben Maße wie in den letzten Monaten erfolgreich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Abgeordneten rufe ich Herrn Christoph Maier, AfD-Fraktion, auf.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war das Jahr 1748, als der große Vordenker der Aufklärung, Charles-Louis de Montesquieu, den Gedanken der Gewaltenteilung zwischen Legislative, Judikative und Exekutive fasste. Kein Staatsorgan sollte die alleinige Herrschaft ausüben. Herrschaft bedarf der Kontrolle.

Im Jahre 2020 scheint dieser Gedanke in Bayern schwer in Vergessenheit geraten zu sein. Das Kabinett Söder herrscht heute über das Volk mit dem Mittel sogenannter Corona-Verordnungen in einer diktatorischen Weise, wie es das in diesem Land seit 1949 nicht mehr gab.

(Beifall bei der AfD)

Beifall dafür gibt es von allen Altparteien im Landtag: von der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD, der FDP und natürlich auch von den GRÜNEN. Echte Kon-

trolle im Parlament findet nur noch durch eine Fraktion statt, und zwar durch die Alternative für Deutschland.

(Beifall bei der AfD – Lachen)

Passend dazu beklatschen die ehemals FREIEN WÄHLER – jetzt sind sie ja eine Zwangsehe eingegangen – in ihrem Antrag nun das nächste Schnippchen, das Markus Söder der Demokratie schlagen will. Sie begrüßen die Einrichtung eines sogenannten Runden Tisches zur Corona-Krise. Ein solcher Runder Tisch ist aber weder demokratisch legitimiert, noch kommt ihm irgendeine Aufgabe zu, die unsere Verfassung vorsieht.

Die FREIEN WÄHLER und auch die CSU haben unseren Antrag auf Einrichtung einer Enquete-Kommission hier im Landtag abgelehnt. Das wäre aber genau das richtige Instrument gewesen, und nicht ein sogenannter Runder Tisch.

Ihr Runder Tisch soll – das zeichnet sich bereits ab – lediglich eine Aufgabe erfüllen, und das ist, den antidemokratischen Verordnungen der Staatsregierung den Anschein eines breiten gesellschaftlichen Konsenses zu geben. Schon allein die Frage danach, wer konkret an diesem Tisch Platz nehmen soll, bleibt in Ihrem Antrag völlig offen. Werden Sie Vertreter der Millionen Corona-Kritiker einladen? Werden Sie einen Prof. Hendrik Streeck oder Prof. Sucharit Bhakdi zu Tische bitten? – Nein, das werden Sie nicht. Ich sage voraus: An Ihrem Runden Tisch wird kein einziger echter Corona-Kritiker Platz finden, sondern er wird ausschließlich mit den Hofmedizinern der Staatsregierung und ihren Jasager-Experten besetzt sein.

Meine Damen und Herren, die Debatte gehört nicht an einen sogenannten Runden Tisch, der die Staatsregierung aus ihrer Verantwortlichkeit entlassen soll. Die Debatte gehört genau dorthin, wo sie demokratisch legitimiert ist und wo nach Montesquieu eine Kontrolle der Exekutive durch die Legislative stattzufinden hat, nämlich genau hier in das Parlament.

(Beifall bei der AfD)

Wer etwas anderes fordert, wie das die FREIEN WÄHLER tun, ist ein Feind des Parlamentarismus und ein Fall für den Verfassungsschutz.

(Zurufe)

Wir lehnen Ihren Antrag deshalb selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Horst Arnold von der SPD-Fraktion auf.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich den Kollegen Maier höre, sage ich: Ich bin gerne Altpartei, und zwar deswegen, weil wir seit 150 Jahren in der Tradition haben, im Reichstag – insbesondere 1933 – und hier im Landtag gegen das gestimmt zu haben, was man eine Diktatur nennt. Dafür haben wir eine Tradition,

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

während Sie jetzt die Reinkarnation derer sind, die wir als Faschisten bezeichnet haben, und das auch jetzt tun.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Jawohl! – Bravo!)

Jetzt zum Antrag: Kennen Sie die Geschichte von Herrn Tur Tur, dem Scheinriesen aus Michael Endes preisgekrönten Kinderroman "Jim Knopf und die Wilde 13", von der Augsburger Puppenkiste hervorragend inszeniert? – Herr Tur Tur ist ein Scheinriese, der aus der Ferne leuchtturmmäßig groß ist. Kommt man aber näher, schrumpft er. – Dieses Phänomen drängt sich auf, wenn man den heutigen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER als inszeniertes Schauspiel bewertet.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben Ihr "Lessons Learned" hochgehalten; ich zitiere jetzt daraus:

War zu Beginn der Krise schnelles Handeln gefragt, so darf deren Fortschreiten nicht zu einer zunehmenden Entmachtung der Parlamente führen. Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag fordern deshalb, die Entscheidung über grundrechtseinschränkende Maßnahmen künftig dem Bayerischen Landtag als demokratisch legitimierte Gesetzgebungsorgan vorzubehalten bzw. unter Beteiligung des Bayerischen Landtags zu treffen. Das Für und Wider solcher Maßnahmen muss im Parlament diskutiert werden. Die Abgeordneten genießen als gewählte Vertreter das Vertrauen der Bevölkerung. Eine Entscheidung des Parlaments in einem transparenten Verfahren kann deshalb einen maßgeblichen Beitrag dazu leisten, die Akzeptanz der Bevölkerung für grundrechtseinschränkende Maßnahmen zu erhöhen.

Ja, hehre Aussagen; akzeptabel. Aber kommt da noch etwas? Ist es tatsächlich so, dass Ihre Lobpreisungen zum Runden Tisch – und nichts anderes ist Gegenstand Ihres Dringlichkeitsantrages – Ihre eigenen verkündeten Vorgaben und Maßstäbe erfüllen? – Denn das nenne ich dann in der Tat einen ambitionierten Schrumpfungsprozess.

(Beifall bei der SPD)

Kurzzeitgedächtnis, Amnesie: Ich darf Sie aus der Vergangenheit zum Dreierat "Grundrechtsschutz" zitieren:

"Wenn ein Rat die Regierung kontrollieren soll, kann er nicht von der Regierung berufen sein", [...]. Der Rat solle deshalb vom Parlament berufen und besetzt werden und noch mehr Experten umfassen.

Meine Herren, das ist natürlich ein Wort! Das finden wir gar nicht mehr, was in diesem Zusammenhang gefordert wurde.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Mit diesem Dringlichkeitsantrag würde lediglich eine Pseudobeteiligung des Parlaments erreicht, und das ist – das sage ich noch deutlicher – der verzweifelte, aber auch untaugliche Versuch, sich vom Ministerpräsidenten und seiner CSU zu emanzipieren.

Wir als SPD sagen hingegen: Statt eines Runden Tisches, der zusätzlich zum zweifelsohne sinnvollen Bayerischen Ethikrat besteht, braucht es mehr echte parlamentarische Beteiligung und ganz deutlich keine weitere Auslagerung der Debatten aus dem Parlament.

Die Erfahrungen mit dem Runden Tisch, die Sie uns geschildert haben, haben uns das auch gelehrt, was den Artenschutz anbetrifft. Sie waren damals als Regierungspartei frisch dabei; die Oppositionsfraktionen bis auf die GRÜNEN überhaupt nicht. Das ist Ihre Ansicht von Runden Tischen und parlamentarischer Beteiligung; damit können Sie sich kein Ruhmesblatt verdienen.

Nun zur Empfehlung des Deutschen Ethikrats: Die Corona-Krise ist nicht primär die Stunde der Exekutive, sie ist die Stunde der demokratisch legitimierten Politik. Die SPD-Fraktion hat vor der Sommerpause – ich habe heute Früh darüber gesprochen – das Parlamentsbeteiligungsgesetz vorgelegt und eingebracht.

Dann noch ein Punkt zur Gewaltenteilung im Hinblick auf die Formulierung "Schulterschluss zwischen Exekutive und Legislative" im Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER: Ein Schulterschluss zwischen Exekutive und Legislative geht völlig fehl und ist deplatziert. Es geht hier im Parlament um demokratische Kontrolle und einen demokratischen Diskurs. Das ist zumindest unser Verständnis von der Gewaltenteilung in Krisenzeiten.

Letztlich geht es also darum, Solidarität in einer vitalen Demokratie sicherzustellen. Dafür braucht es ein starkes Parlament und keine Placebobeteiligung.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Mikrofon, Herr Kollege. – Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mehring. Bitte schön, Herr Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Fraktionsvorsitzender, lieber Kollege Horst Arnold, zunächst habe ich nicht die Bestrebung, mich von einem Ministerpräsidenten zu emanzipieren, der über 80 % Zustimmung in der bayerischen Bevölkerung genießt. Das ist achtmal so viel wie bei der SPD.

(Zuruf)

Ich glaube auch nicht, dass der beantragte Schulterschluss zwischen Legislative und Exekutive etwas ist, das zu verurteilen wäre. Ganz im Gegenteil: Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen draußen das vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen von uns erwarten.

Ich bin insgesamt beruhigt. Wenn 70 % deiner Rede aus Zitaten aus Papieren, die ich formuliert habe, besteht, dann kann das nicht so falsch sein. Ich würde dich aber schon fragen wollen: Könnte es nicht sein, dass dieser Antrag, wenn er auch nur ein kleiner Schritt zur Rückkehr dieser Debatte ins Parlament ist – ohne Frage, zugegeben –, dennoch der erste wirkliche Schritt in diese Richtung ist und mehr auf den Weg bringt als alle parlamentarischen Initiativen von allen Fraktionen zusammen, die bisher stattgefunden haben, weil es jetzt eine Berichtspflicht und eine fixe Debatte im Parlament gibt?

(Zurufe)

Horst Arnold (SPD): Da ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Hypothetisch formuliert: Könnte es sein? Die Antwort im Indikativ: Nein, natürlich nicht. – Denn Sie als Fraktion sind doch an der Regierung beteiligt. Sie können sich einbringen und insoweit Konkretes durchsetzen. Sie haben einen Koalitionsvertrag, und im Verhältnis zu diesem haben Sie komplett versagt. Deswegen muss man Ihnen Ihre eigenen Seiten und

was Sie darin verkünden, vorhalten. Was Sie als Anspruch für sich pflegen, wird in der Wirklichkeit überhaupt nicht eingehalten.

Sie sind verschrumpft! Das ist doch klar.

(Beifall bei der SPD)

Es wird eher aus einer Kaulquappe ein Frosch, als dass Sie sich im Parlament zur Etablierung einer Mitdiskussion emanzipieren.

(Beifall bei der SPD – Zurufe: Bravo! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Wenn Sie sich von Ihrem Ministerpräsidenten nicht emanzipieren brauchen, ist es in Ordnung, wenn Sie sich da anlehnen und unkennbar sind. Denn dann wissen wir auch, woran wir sind, nämlich sozusagen bei einem Fortsatz von dem, was wir hier bereits seit über 15 Jahren im Bayerischen Landtag erleben, und das ist eine absolute CSU-Politik.

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Das war eine Punktlandung. – Als nächsten Redner darf ich Martin Hagen von der FDP-Fraktion aufrufen.

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war im Juni, als die FREIEN WÄHLER so etwas wie ein parlamentarisches Selbstbewusstsein entdeckten. Im Juni haben sie das Strategiepapier vorgelegt, aus dem der geschätzte Kollege Arnold schon zitiert hat. Ich möchte das aber noch einmal vorlesen, weil es so schön ist.

War zu Beginn der Krise schnelles Handeln gefragt, so darf deren Fortschreiten nicht zu einer zunehmenden Entmachtung der Parlamente führen. Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag fordern deshalb, die Entscheidung über

grundrechtseinschränkende Maßnahmen künftig dem Bayerischen Landtag als demokratisch legitimierte Gesetzgebungsorgan vorzubehalten [...].

Meine Damen und Herren, gerade einmal ein Vierteljahr später lesen wir jetzt im Antrag

Der Landtag begrüßt die Ankündigung der Staatsregierung, einen unabhängigen Runden Tisch zu ihrer Corona-Strategie einzurichten.

Der unabhängige Runde Tisch zur Corona-Strategie soll darüber hinaus auch eng mit dem Parlament zusammenarbeiten und dieses hierzu engmaschig über seine Empfehlungen informieren [...].

Meine Damen und Herren, vor einem Vierteljahr wollten Sie noch entscheiden, jetzt begnügen Sie sich damit, engmaschig informiert zu werden. Ganz ehrlich, das ist ein klassischer Fall von als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet.

(Beifall)

Lieber Fabian Mehring, die "Süddeutsche Zeitung" hat dich kürzlich als den Söder der FREIEN WÄHLER bezeichnet. Ich glaube, sie hat das irgendwie als Kompliment gemeint. Der heutige Antrag ist wirklich eher eine Bewerbung als Söders Bettvorleger, mehr ist das nicht.

(Beifall)

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen keinen weiteren Runden Tisch, an den der Ministerpräsident Theologen und Philosophen beruft. Wir brauchen endlich eine Reparlamentarisierung der Politik in Bayern. Das ist überfällig.

(Beifall)

Das ist genau das, was wir Freie Demokraten bereits im Mai mit unserem Gesetzentwurf zur Beteiligung des Landtags an der Corona-Politik vorgelegt haben. Das wurde

trotz aller Beteuerungen der FREIEN WÄHLER von den Regierungsfractionen hier im Parlament immer wieder abgelehnt.

Die Zeit des Notstands, die wir von März bis April hatten, muss endlich beendet werden. Wir müssen vom Notstandsmodus zurück zur parlamentarisch-demokratischen Normalität kommen. Es ist überfällig.

Wir 205 Abgeordnete, die wir hier demnächst wohl wieder sitzen werden – momentan sind wir davon ja nur gut 50 % –, sind die Vertreterinnen und Vertreter des Volkes. Verdammt noch mal, fangen wir doch endlich wieder an, auch so zu handeln! Wir nicken hier die Dinge nur ab. Wir nehmen sie zur Kenntnis. Wir freuen uns darüber und begrüßen es, wenn uns die Regierung über irgendwelche Runden Tische informiert. Dafür haben wir alle uns doch 2018 hier nicht reinwählen lassen. Wir wollen die Politik entscheiden. Wir wollen insbesondere entscheiden, wenn Grundrechte eingeschränkt werden. Also nehmen wir uns auch endlich die Entscheidungsgewalt dafür zurück!

(Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Hagen, bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Hagen, lieber Martin, für dich habe ich mir pflichtschuldig noch etwas aufgehoben. Das war, wie ich an deinem Wortbeitrag erkennen konnte, auch nötig. Mit Blick auf die Frage, wie wir mit der gemeinsamen Zielsetzung umgehen, ist es mir wichtig, eines zu sagen. Ich entnehme dem langen Zitat, dass wir mehr oder weniger das Gleiche wollen: eine Reparlamentarisierung der Debatte über die Corona-Politik. Davon habe auch ich am Rednerpult gesprochen. Die Frage ist, wie man damit umgeht. Man kann, wie die FDP in Berlin, etwas lautstark fordern und dann davonlaufen. Man kann aber auch etwas einfordern und Teile davon realisieren; das wird gelingen, wenn man dem heutigen Antrag zustimmt. Mit anderen Worten drapiere ich lieber den Bettvorleger so, dass ich etwas gestalten kann, als

dass ich wie ein Löwe brülle und keinen Millimeter bewege, wie das die FDP macht. Genau deshalb ist die FDP bei 3 %.

Martin Hagen (FDP): Lieber Fabian, Punkt eins. Schön, dass du hier das Bild des Bettvorlegers als Rolle der FREIEN WÄHLER selbst aufgegriffen hast; das ist bemerkenswert.

Punkt zwei. Es war jetzt mittlerweile – ich habe mitgezählt – in diesem Hause das vierte Mal, dass von den Regierungsfractionen der letzte "BayernTrend" zitiert worden ist. Ich freue mich ja über eure tollen Umfragewerte; ganz ehrlich, es gibt hier aber auch Abgeordnete, die Politik machen wollen. Wer keine Politik machen will, der redet halt über Umfragen.

Punkt drei. Es wäre schön, wenn wir tatsächlich erleben, dass ihr in dieser Regierung tatsächlich Parlamentsbeteiligung umsetzt. Und wenn es nur ein bisschen wäre! Was ihr hier aber umsetzt, ist ein Runder Tisch, den der Ministerpräsident besetzt und der euch dann darüber informieren wird, was er besprochen hat. Wenn das euer Anspruch ist, dann – ganz ehrlich – fusioniert doch einfach mit der CSU.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/10270 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Wer ist dagegen? – Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Markus Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.